

LESERBRIEFE

Finanzierung Luzerner Stadttheater – so nicht

Der regionale Entwicklungsträger Region Luzern West war Pilot-Region im Kanton Luzern, um die grösseren, oder regional bedeutenden Kulturprojekte in der Landschaft finanziell zu unterstützen. Aktuell bezahlt jede Gemeinde pro Einwohner 1 Franken in den regionalen Kulturfonds. Der Kanton bezahlt den gleichen Betrag in diesen Topf. Eine Fachkommission verteilt die verfügbaren Gelder für die einzelnen Projekte und Darbietungen in der Region. Das ist eine gute Sache und sollte in dem Sinne im ganzen Kanton umgesetzt werden. Gute und engagierte Kulturprojekte stärken jede Gesellschaft in jeder Region in unserem Kanton.

In der gegenwärtig laufenden kantonalen Vernehmlassung zur «Neu-

gestaltung Zweckverband grosser Kulturbetriebe und Weiterentwicklung regionale Kulturförderung» stört mich, dass das «produzierende Luzerner Theater» nur mit einer Frage erwähnt wird. Diese Vernehmlassung ist nicht abschliessend und wischt wichtige Grundsatzfragen, was für ein Theater die Bevölkerung will, unter den Tisch.

Ich frage die Luzerner Bevölkerung, ist es richtig, dass eine mittelgrosse Stadt wie Luzern mit 70000 Einwohnern ein produzierendes Theater mit drei Ensembles unterhält und vor allem finanziert? Von den Gesamtkosten von 24 Mio. Franken bezahlt der Kanton und die Stadt Luzern 20 Mio. Franken Betriebsbeiträge pro Jahr.

Bevor nun diese Vernehmlassung zu den Kulturbeiträgen und der Finanzierung eines neuen Stadttheaters abgeschlossen werden, braucht es eine Auslegeordnung. Was braucht die Stadt, die Agglomeration und der ganze Kanton für ein Theater? Was sind wir bereit dafür zu bezahlen?

Es ist wichtig, dass dieses Thema mit der hängigen Motion vom Regierungsrat aufgenommen wird und im Kantonsrat diskutiert wird. Wenn der Kantonsrat entschieden hat, soll dann die Bevölkerung abstimmen, was sie für ein Stadttheater will und bereit ist zu finanzieren.

Erich Leuenberger,
alt Kantonsrat, Nebikon



Über die Zukunft des Luzerner Theaters wird heftig diskutiert. Foto Keystone

Das zeugt von Realitätsverlust

In welcher Welt lebt EVP-Nationalrat Nik Gugger? Die Schweiz soll bezüglich Corona glimpflich davon gekommen sein? Sind Kosten von über 100 Milliarden, ein drohendes Defizit beim Bund von zig Milliarden, zwei Millionen Personen in Kurzarbeit und unzählige Konkurse und solche die noch folgen werden etwa glimpflich? Monatlang stand die Schweiz still. Eine solche Aussage ist an Arroganz kaum zu übertreffen und zeugt von Realitätsverlust. Gugger und auch die genannten Hilfswerke gehören zu jenen Kreisen, die ständig von Nachhaltigkeit sprechen und man solle nicht auf Kosten der künftigen Generationen leben. Sollte das nicht auch für die Staatsschulden gelten? Nun will man dennoch weitere

11,25 Milliarden für nur 4 Jahre (!) ins Ausland verschenken. Ja, man erhöht diese unsinnigen Ausgaben sogar noch um 241 Millionen. Dass dieses Geld nicht nachhaltig investiert ist, zeigen die Hunderten Milliarden, die bereits für Entwicklungshilfe ausgegeben wurden, ohne einen nennenswerten Erfolg in den Empfängerländern erzielt zu haben. Dieses Geld wäre in der Schweiz besser investiert, indem man hier Projekte vorantreibt, die der Schweizer Bevölkerung und unserer Wirtschaft etwas bringen. Oder man investiert es eben in den Schulden-Abbau der Coronakrise.

Robi Arnold, SVP-Kantonsrat,
Mehlsecken

Mehr Geld für die Landschaft

Seit 25 Jahren bin ich Mitglied der MTG Sursee (Musik- und Theatergesellschaft). Als aktives Ensemble-Mitglied (21 Jahre) bin ich erstaunt über den LZ-Artikel zum Luzerner Theater. Auch seit meiner aktiven Laufbahn besuche ich immer noch regelmässig die

Produktionen des Stadttheaters Sursee. Dieses kriegt keine Subventionen. Das Luzerner Stadttheater kriegt aber anscheinend 20 Millionen pro Jahr. Wo bleibt hier die Gerechtigkeit? Es heisst zwar Luzerner Theater, aber den Landgemeinden bringt es gar nichts. Müsste

man beim Kanton nicht einmal prüfen, ob man weniger Geld in die Stadt stecken will und dafür mehr für die Landschaft?

Reto Greppi,
Nebikon

Es gibt gar keinen Rassismus

Derzeit sind die Begriffe «Rassismus» oder «Rassisten» (von Rassistinnen hört man selten etwas!) in aller Munde. Der Mensch (Homo sapiens) ist nach der biologischen Systematik eine Art der Gattung Homo aus der Familie der Menschenaffen, die zur Ordnung der Primaten und damit zu den höheren Säugetieren gehört. Allgemeine Eigenschaften der Menschen und besondere Formen menschlichen Zusammenlebens werden in der Anthropologie, Ethnologie und Soziologie untersucht. Die heute lebenden Menschen stimmen zu 99.9 Prozent in ihren DNA-Sequenzen überein. Alle denkbaren genetischen Unterschiede betreffen also nur 1 Promille der genetischen Substanz. In der Systematik kommt weder bei Menschen noch bei Tieren der Begriff «Rasse» vor. Aber es gibt doch Hunderassen, oder? Hunderassen sind ausschliesslich das Ergebnis menschlicher Züchtung und eben nicht das Ergebnis eines natürli-

chen, biologischen Prozesses. Das Englische löst dieses sprachliche Problem übrigens elegant. Dort sprechen die Menschen von «breeds» – also Züchtungen und eben nicht von «races», also Rassen.

Man darf aus der Verschiedenheit der Hautfarbe nicht darauf schliessen, dass die Menschen bezüglich anderer Eigenschaften auch unterschiedlich sind. Das wäre einfach völlig falsch. Auf Intelligenz oder körperliche Leistungsfähigkeit wirkt sich das nicht aus. Die «Rassen», die im Lauf der Geschichte so viel Unglück gebracht haben, sie existieren überhaupt nicht. «Was uns eint, sind die Gene – was uns trennt, sind die Vorurteile» (Zitat Professor Horst Seidler, Universität Wien). So gibt es auch innerhalb der sogenannten «Weissen» Vorurteile. Ein Beispiel sind Vorurteile gegenüber Menschen aus dem Balkan. Selbst innerhalb der Schweiz gibt es Vorurteile gegenüber

anderen Menschengruppen. Begegnen wir allen Menschen mit Respekt, unabhängig von Kultur, Geschlecht, Nationalität und Herkunft!

Wenn es laut Äusserungen von Arena-Teilnehmern «rassistisch» ist, jemanden zu fragen, woher er komme, dann hört das mit dem gesunden Menschenverstand auf. Ich wurde auf meinen Reisen in Ägypten, China und Thailand von Einheimischen gefragt: «Do you come from Switzerland?» Nicht ohne Stolz antwortete ich jeweils: «Yes», und freute mich über das Interesse der Fragesteller. Und bei einer Quiz-Sendung im ersten deutschen Fernsehen fragte jeweils der Moderator die Kandidaten zu Beginn: «Wo kommst du her und was machst du beruflich?» Das ist doch nicht «rassistisch», sondern Small Talk.

Peter Helfenstein,
Hergiswil

Das C – aktueller denn je

Auch mich würde es reuen, wenn die CVP das C hergeben würde, hat sie doch den in der heutigen Zeit revolutionärsten Namen. Coeur, cuore, cor: in drei von unseren vier Landessprachen beginnt «Herz» mit C.

Wenn wir die gegenwärtige Zeit vertrauensvoll und nach vorne ausgerichtet mitgestalten wollen, heisst es für jeden von uns, im Herzen die Antworten auf die offenen Fragen zu finden. Es sind unsere eigenen Fragen, die der Menschen des Landes in dem wir leben, der Weltgemeinschaft. Wenn wir uns auf die Stille einlassen, die viele in letzter Zeit neu schätzen gelernt haben, kommen wir zu neuen, unserer Zeit angepassten Antworten. Wenn das C be-

deutet, Themen, Begegnungen auf diese Weise anzugehen, kommt die CVP zu neuer Qualität und wahren Lösungen. Es bedingt jene Herangehensweise, dass alle sich mit ihren Erkenntnissen einbringen können, ernst genommen werden, besonders wenn es neue Ansätze sind, die dem Gemeinwohl dienen. Das ist von mir aus gesehen die Rolle des C. Nur durch diese Offenheit meistern wir die kommende Zeit mit ihren neuen, noch nicht bekannten Situationen, die uns neu fordern werden im Gestalten unseres Lebens – und dies nicht nur in der CVP.

Rita Jung,
Ruswil

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Andreas Bärtschi
FDP, Altishofen

Liebe Böttu-Leserin, lieber Böttu-Leser

Wenn sie meinen «Brief aus dem Kantonsrat» lesen, sitze ich im provisorischen Kantonsratsaal in der

Politische Bildung verbessern

Messe Luzern. Unsere Traktandenliste für die Junisession ist beeindruckend lang. Während wir uns gestern Montag und heute Dienstag den ordentlichen Geschäften widmen, werden wir am kommenden Montag eine «Corona-Sondersession» abhalten. Allein für diese Sondersession sind über 50 Geschäfte traktandiert. Ich bin gespannt, wie viele davon erfolgreich bearbeitet werden

können. Ebenfalls bin ich gespannt auf die Behandlung der Einzelinitiative über die Einführung des Stimmrechtsalters 16.

Es handelt sich dabei um ein Dauerthema, welches alle paar Jahre wieder auf der Politbühne auftaucht. Erst vor ein paar Wochen war es auch Thema in Bundesbern. Das Schweizer Fernsehen sah sich sogar veranlasst, eine Arena-Sendung zum Thema zu machen. Mir als junger Politiker ist es wichtig, darlegen zu können, aus welchem Grund ich gegen eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters bin. Ich möchte hier gleich vorneweg betonen, dass es junge Leute gibt, welche sich sehr gut eine eigene Meinung bilden können und meines Erachtens nach bereits mit 16 oder auch mit 14 Jahren dieses Recht ausüben könnten. Genauso bin ich der Meinung, dass es erwachsene Personen gibt, welche ihr Handeln und die daraus resultierenden Konsequenzen an der Urne wohl nicht richtig abschätzen können. Ich verstehe nicht, weshalb es nun genau das Alter 16 sein sollte und nicht 15 oder 17. Es ist für mich also nicht eine Frage der «Fähigkeit», sondern eine Frage von Rechten und Pflichten.

Mit 18 Jahren wird man volljährig und somit auch handlungsfähig. Mit dem 18. Geburtstag erhält man viele Rechte, wie zum Beispiel das Stimm- und Wahlrecht. Man darf ab diesem Zeitpunkt auch selber Mietverträge unterzeichnen oder heiraten. Mit dem 18. Geburtstag erhält man aber auch gewisse Pflichten, wie zum Beispiel die selbständige Steuerpflicht oder für die Männer beginnt die Wehrpflicht. Nun sollen also im Kanton Luzern bereits 16-Jährige bei kantonalen Vorlagen abstimmen und wählen dürfen. Damit würden sie unter anderem über Steuervorlagen entscheiden, obwohl sie noch nie eine Steuererklärung ausgefüllt haben. Sie sollen bei Altersreformen mitentscheiden, ohne selber AHV- und Pensionskassen-Beiträge zu bezahlen. Sie entscheiden über Strassenprojekte, dürfen aber selber keinen Auto-Führerausweis erwerben. Sie entscheiden über die Anpassung des Eherechts, dürfen aber selber nicht heiraten. Zudem dürften sie jemanden in ein Amt wählen, selber aber noch für kein Amt kandidieren.

Ich bin der Meinung, dass wir für unsere Handlungen die Verantwort-

ung tragen müssen. Zuletzt wurden immer wieder die Bauland-Rückzonen kritisiert. Diese Aufgabe ist wahnsinnig schwierig und die Kritik mag womöglich auch berechtigt sein, aber das Schweizer Stimmvolk hat das Raumplanungsgesetz im März 2013 mit knapp 63 Prozent angenommen und muss nun auch mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Mit der Herabsetzung des Stimmrechtsalters würden wir also zum einen dafür sorgen, dass man jungen Leuten mehr Rechte gibt. Ohne aber, dass sie dafür die Konsequenzen selber tragen müssen und ohne dass sie dadurch entsprechende Pflichten erhalten. Zum anderen würde man das passive vom aktiven Wahlrecht trennen.

Mir ist die politische Bildung wichtig und ich bin der Meinung, dass diese in unserem Kanton und in unserem Land gestärkt werden muss. Gerade mit meiner Wahl in den Luzerner Kantonsrat vor einem Jahr habe ich erschreckend festgestellt, wie gering zum Teil das politische Wissen in der Bevölkerung ist (bei unter und über 18-Jährigen). Auch dazu gibt es einen Vorstoss von Irene Keller, welcher in der Junisession behandelt wird. Ich setzte grosse Hoff-

nungen in diesen Vorstoss, um die politische Bildung wieder zu stärken. Denn nur so können wieder mehr Leute dazu gebracht werden, an Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen. Mit dem Stimmrechtsalter 16 kann dies leider nicht geschafft werden. Österreich hat seit 2007 als einziges europäisches Land das Wahlrechtsalter 16. Bei den ersten Wahlen lag die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen noch im Schnitt der anderen Altersgruppen. Aber bereits bei den darauffolgenden Wahlen waren sie unterdurchschnittlich. Das Problem tiefer Stimm- und Wahlbeteiligung löst man mit Stimmrechtsalter 16 also leider nicht.

Aus den beschriebenen Gründen werde ich die Überweisung der Einzelinitiative zur Herabsetzung des Stimmrechtsalters ablehnen. Dafür werde ich mich in Zukunft vermehrt um die politische Bildung in unserem Kanton einsetzen.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Interesse an der Politik. Übrigens, unsere Session können Sie online unter www.lu.ch live mitverfolgen. Bleiben Sie gesund.